

Stadtteilentwicklung, Partizipation, Vertrauen – Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und Bürger*innen

Ein Interview mit Katja Niggemeier

Gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung der Bürger*innen sind für die Erhöhung der Lebensqualität im Stadtteil von zentraler Bedeutung. Politik und Verwaltung sind für die Bereitstellung bzw. Umsetzung eines geeigneten Rahmens verantwortlich; das setzt entsprechende Ressourcen und die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürger*innen voraus. Die konkrete Gestaltung hängt von den Anwendungsfeldern ab, in denen Prozesse in Gang gebracht werden sollen. Wie Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürger*innen funktionieren kann, erklärt Katja Niggemeier, Leiterin des Quartiersmanagement Brunnenstraße in Berlin-Mitte im Interview.



Warum ist es wichtig, eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen vor Ort zu fördern?

Die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraums, des Wohnumfelds gewinnt an Qualität, wenn lokales Wissen genutzt und mit dem Fachwissen der Verwaltung kombiniert wird. Eine belastbare Plattform zur Aushandlung von unterschiedlichen Interessen, zum Dialog ist eine zentrale Voraussetzung für ein gelingendes Gemeinwesen. Es stärkt die Legitimation von Vorhaben. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Bürger*innen schafft Verständnis für die je-weils andere Perspektive.

Im Programm Soziale Stadt haben die Gebietsbeauftragten, d.h. die Quartiersmanagement-Teams vor Ort die Aufgabe, die Menschen im Quartier zu aktivieren und sie im Sinne der Nachhaltigkeit in ihrer Selbstorganisation zu unterstützen. Gleichzeitig übernimmt das Team eine Vermittlerrolle zwischen den Interessen und Bedürfnissen der Bürger*innen und dem inhaltlichen, rechtlichen und personellen Grenzen der Verwaltung.

Aus den Erfahrungen des Programms „Soziale Stadt“ müssen in diese Zusammenarbeit auch die Politik sowie Einrichtungen (Kitas, Schulen, Nachbarschaftszentren, Sportvereine, Religionsgemeinschaften etc.) und Gewerbetreibenden vor Ort sowie nach Möglichkeit auch Eigentümer*innen, z.B. die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eingebunden werden.

Wie haben sich die Erwartungen der Bürger*innen gegenüber der Verwaltung und die Kapazitäten der Verwaltung in den letzten 10-20 Jahren in Deutschland, insbesondere in Berlin, verändert?

Die Anzahl der Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst ist in den letzten Jahren drastisch gesunken; demgegenüber steht eine rasant wachsende Stadt. Unter anderem die neu hinzuziehenden Bürger*innen haben

viele Anliegen und Erwartungen auch an die Verwaltung. Die Bürger*innen hingegen erwarten von der Verwaltung Unterstützung für ihre Anliegen, sie brauchen konkrete, qualifizierte Ansprechpartner*innen, die sie zum Beispiel „auf einen Klick“ im Internet finden können.

Mit welchen Methoden, Instrumenten und Strategien kann man die Zusammenarbeit zwischen der lokalen Verwaltung und Bürger*innen konstruktiv und produktiv gestalten?

Grundsätzlich müssen der lokalen Verwaltung dazu entsprechende finanzielle, personelle und zeitliche Ressourcen zur Verfügung stehen, d.h. eine bürgernahe und damit serviceorientierte Verwaltung. Darüber hinaus werden u.a. entsprechende Begegnungsräume, ein einheitliches für alle zugängliches Informationssystem innerhalb der Verwaltung und Qualifizierungsmöglichkeiten für Mitarbeiter*innen benötigt.

Die konkrete Gestaltung der Zusammenarbeit hängt von den Anwendungsfeldern ab, in denen Prozesse in Gang gesetzt werden sollen. In Bezug auf eine prozesshafte, gemeinsame Quartiersentwicklung geht es vor allem um die Schaffung von verbindlichen, transparenten, nachvollziehbaren Strukturen, die Beschreibung der Schnittstellen mit den Bürger*innen und konkrete Ansprechpartner*innen in der Verwaltung. Diese werden idealerweise gemeinsam entwickelt, wie dies beispielsweise im Rahmen des Prozesses zur Entwicklung von „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte“¹ geschehen ist.

Es ist aus meiner Sicht wichtig, verstärkt Formate zu schaffen, in denen sich Verwaltung und Bürger*innen direkt und regelmäßig und nicht nur anlassbezogen begegnen, wie z.B. das Bürgerforum im Bezirk Mitte. Das ist auch eine Frage der Wertschätzung gegenüber den Bürger*innen und ihren Anliegen, diese nicht nur über „Mittler*innen“ transportieren zu können. In diese Formate sollten auch Vertreter*innen der Politik teilnehmen.

Wie kann man insbesondere die sozial schwachen Gruppen in den Dialog einbeziehen?

Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ gelingt dies in erster Linie über direkte Ansprache im Rahmen von kontinuierlicher Nachbarschaftsarbeit. Die Menschen im Quartier nutzen gerne kostenlose Angebote wie regelmäßige Frühstücke, das Nachbarschaftscafé, Trödelmärkte, Näh- und andere Kreativkurse, Bewegungskurse oder Eltern-Kind-Gruppen. Über diese Angebote können z.B. Quartiersmanager*innen oder Stadtteilkordinator*innen mit den Menschen ins Gespräch kommen, über Veränderungen im Gebiet informieren, Bedarfe und Anliegen aufnehmen und sie an die Verwaltung weitergeben. Anlassbezogene Einladungen zu Veranstaltungen über Flyer, Plakate und Internet erreichen größtenteils nur die ohnehin Interessierten. Ein nicht zu unterschätzender Punkt ist dabei die Kontinuität von Ansprechpartner*innen, zu denen Vertrauen aufgebaut werden kann.

Digitalisierung, Partizipation, Mitgestaltung: Wie wird sich die Schnittstelle Bürger*innen und Verwaltung, insbesondere in Berlin, künftig entwickeln?

Meine Perspektive ist die der Stadtentwicklung. Das Land Berlin möchte die Beteiligung der Bürger*innen an Projekten und Prozessen der Stadtentwicklung verbessern und hat dazu einen Prozess zur Erarbeitung von Leitlinien eingeleitet. Damit sollen Prinzipien formuliert und Beteiligungsmöglichkeiten sichergestellt werden. Für den Bezirk Mitte gibt es bereits abgestimmte Leitlinien für Bürgerbeteiligung, zur Umsetzung und Unterstützung wird aktuell ein Büro für Beteiligung eingerichtet.

Ein aus meiner Sicht zentrales Instrument in Bezug auf eine strukturelle, prozessorientierte Schnittstelle ist die Organisationseinheit Sozialräumliche Planungscoordination (OE SPK), die letztendlich in allen Bezirken Berlins auf der Grundlage der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) eingerichtet werden soll. Die SPK besteht grundsätzlich aus drei Bereichen – der Gebietskoordination im Bezirksamts, der Stadtteilkoordination vor Ort und der Datenkoordination. Die Ausgestaltung fällt in den Bezirken, in denen sie in Berlin bereits

umgesetzt wird, zum Teil unterschiedlich aus – wichtig ist, dass die Vor-Ort-Koordination Formate anbietet, um die Interessen der Bewohnerschaft wahrzunehmen. Sie ist deshalb aus meiner Sicht idealerweise an ein bestehendes Stadtteilzentrum angebunden.

Die Digitalisierung bietet vielfältige Möglichkeiten der Information und Kommunikation für Zusammenarbeit und Dienstleistungen, sie spielt auch bei der öffentlichen Meinungsbildung und bei der Vernetzung von Akteuren eine immer größere Rolle. Digitale Medien, insbesondere Soziale Netzwerke können z.B. Beteiligungsprozesse mit Jugendlichen unterstützen und sie damit niedrigschwelliger und leichter durchführbar machen.

Für das Quartiersmanagement-Gebiet haben wir seit ca. sechs Jahren einen Facebook-Auftritt, der allerdings nahezu ausschließlich zur Information genutzt wird. Einige Kolleg*innen nutzen bereits Online-Tools, wie z.B. die über auf der landeseigene Beteiligungsplattform mein.berlin.de kostenlos zur Verfügung stehenden Software Adhocracy, um Anliegen, Bedarfe, Ressourcen und Potentiale der Bewohnerschaft abzufragen. Die Plattform wurde auch für die Online-Beteiligung im Rahmen des Leitlinienprozesses zur Bürgerbeteiligung genutzt. Den analogen, direkten Dialog wird der digitale nicht ersetzen, sicher aber immer mehr ergänzen und unterstützen.

Mittler, Anwalt, Agent? Wie würden Sie in dem Zusammenhang die Rolle von L.I.S.T beschreiben?

Die L.I.S.T. ist in den Bereichen Stadtteilentwicklung, Projektsteuerung und Partizipation tätig. Unser Ziel in allen Arbeitsbereichen ist es, tragfähige Lösungen zu entwickeln, die auf einem breiten gesellschaftlichen Fundament stehen und den Kontexten aktueller gesamtstädtischer und gesellschaftlicher Entwicklungen Rechnung tragen.

Wir treten in unseren Projekten mit allen relevanten Akteuren in einen offenen Dialog. Gemeinsam mit Bürger*innen, Politik und Verwaltung, Trägern sozialer und kultureller Einrichtungen, Vereinen, Gewerbetreibenden und Wohnungsunternehmen ermitteln wir Handlungsspielräume, fördern wir die Bereitschaft, individuelle und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und setzen uns für einen fairen Interessenausgleich und die Lösung von Konflikten zwischen den Beteiligten ein.

Literatur und weiterführende Links

¹ <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/leitlinien-zur-buergerbeteiligung/>

Katja Niggemeier

Seit 2008 ist Katja Niggemeier Teil der L.I.S.T. GmbH (L.I.S.T. steht für "Lösungen im Stadtteil"). Aktuell leitet sie das Quartiersmanagement (QM) Brunnenstraße im Bezirk Mitte, eines von 34 Quartiersmanagements in Berlin, die über das Programm „Soziale Stadt“ umgesetzt werden.

© Europäische Akademie Berlin e.V., 2017
Der Artikel gibt die Auffassung des Autors wieder.

Kontakt

Europäische Akademie Berlin e.V.
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
+49 30 8959510
eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu